

Miss Tiffany's-Wahl

Am 7.5.2010 fand im thailändischen Urlaubsort Pattaya die alljährliche Miss Tiffany's Universe Wahl statt. Die Wahl soll zur Imageaufbesserung von Transvestiten beitragen und wurde dieses Jahr zum 13. Mal veranstaltet. 28 Bewerberinnen kämpften um den Titel, 10 kamen ins Finale. Sieger(in) wurde ein 19-jähriger Student aus Bangkok. Hauptpreis sind umgerechnet 2400 Euro, ein Neuwagen und der Titel der Miss Tiffany, den der Gewinner für ein Jahr trägt und repräsentiert. Die Managerin der Miss-Wahl, Alisa Phanthisak, wertete die diesjährige Veranstaltung als vollen Erfolg und betonte, dass alle bisherigen Miss Tiffany's-Wahlen übertroffen wurden und das alljährliche Event zu einer größeren Akzeptanz von Transvestiten innerhalb der Gesellschaft beitrage und auf ihre Lebensumstände aufmerksam mache.

vgl. www.stern.de 10.5.10.

www.pattayadailynews.com 8.5.10

Tourismusbranche arbeitet Notfallplan aus

Prognostizierten Wirtschaftsexperten Anfang 2010 noch eine rasche Erholung der thailändischen Tourismusbranche, so muss das Ministerium für Tourismus und Sport nun an einem Notfallplan arbeiten, um diesen wichtigen Industriezweig wieder anzukurbeln. Auf Grund der politisch instabilen Lage sind immense Einbrüche auf diesem Sektor zu verzeichnen: Zuvor trafen täglich ca. 30.000 Touristen am Bangkokener Flughafen Suwanaphum ein, nun sind es nur noch um die 21.000 Besucher. Der Notfallplan beinhaltet zudem eine ausgedehnte Werbestrategie, für die innerhalb Thailands ca. 14 Millionen Euro und international weitere 34,7 Millionen Euro bereitgestellt werden sollen.

vgl. www.thailandtip.de 11.5.10

Reisewarnung verärgert Geschäftsleute

Auf Grund der sich zuspitzenden politischen Proteste hatte das deutsche Auswärtige Amt seine Reisewarnung für Thailand erweitert und riet Ende April/ Anfang Mai 2010 von Aufenthalten in der Bangkokener Innenstadt, insbesondere der Kreuzung Ratchadamri/Ploenchit Road und den angrenzenden Geschäfts- und Bankenvierteln Silom Road, Lumpini Park und Patpong ab. Laut Auswärtigem Amt sei in diesen Gebieten mit einem massiven, zum Teil schwerbewaffneten Aufgebot an Sicherheitskräften zu rechnen. Generell könne die Bewegungsfreiheit im Raum Bangkok durch andauernde Proteste weiter eingeschränkt werden. Große deutsche Reiseveranstalter hatten bereits sehr früh auf die sich ausweitenden Konflikte reagiert, Ende April ihre Thailandreisen abgesagt und Touristen vor Ort aus den gefährdeten Bangkokener Gebieten in den sicheren Süden gebracht. Viele Geschäftsleute in der Hauptstadt beklagten sich über die Reisewarnungen, da nicht alle Stadtteile

Bangkok betroffen seien und dennoch die komplette Hauptstadt unter der politischen Krise zu leiden habe. Die andauernden Proteste und die zunehmende Verunsicherung im Ausland führten seit Beginn der Auseinandersetzungen zu Millionenverlusten in der thailändischen Tourismusbranche und einer Abnahme der Auslastungsraten im Bangkokener Hotelgewerbe auf unter 20 Prozent. Auch leiden Geschäftsleute und die Tourismusindustrie unter den bestehenden Reisewarnungen für die südlichen Provinzen Pattani, Yala, Narathiwat und Songkhla sowie die Grenzgebiete zu Malaysia, die immer noch unter Notstandsrecht stehen. Auf Grund der Streitigkeiten um die an der kambodschanischen Grenze liegenden Tempelanlage Preah Viheah wurde das gesamte Tempelgebiet zur militärischen Sperrzone erklärt und sollte gemieden werden.

vgl. www.auswaertiges-amt.de 6.5.10.

www.spiegel.de 26.4.10. www.faz.net

30.5.10. www.tagesschau.de 30.5.10

Eltern fordern finanzielle Unterstützung

Obwohl die thailändische Regierung ein Programm eingeführt hat, das 15 Jahre kostenfreie Bildung vorsieht, sind immer noch viele Eltern aus einkommensschwachen Verhältnissen mit der schulischen Finanzierung ihrer Kinder überfordert und plädieren für eine Erweiterung des staatlichen Programms. Zwar beinhaltet die finanzielle Unterstützung bereits die Anschaffung von Schuluniformen, dennoch treten Engpässe auf, da Sport- und Zweituniformen, Bücher und Schreibwaren nicht durch staatliche Mittel finanziert werden. Besonders zu Schulbeginn häufen sich die Kosten, die viele Eltern nicht aufbringen können. Einige Provinzen, unter ihnen Songkhla

und Phitsanulok, reagieren bereits auf diese Umstände und arrangieren kostenlose Schulbusse und Billigdiscounter, in denen Eltern, die bereits viel Geld in die schulische Ausbildung ihrer Kinder investiert haben, kostengünstiger einkaufen können. Auch Pfandhäuser reagieren auf das Problem und bieten günstige Schulmaterialien als Gegenwert zu veräußerten Sachen an. Ein Großteil der Eltern hofft dennoch zukünftig auf mehr staatliche Unterstützung um weitere Schulutensilien wie Tornister, Schuhe und Pfadfinderuniformen kaufen zu können.

vgl. The Nation 10.5.10

Neuwahlen unsicher

Mehr als zwei Monate protestierte die thailändische Opposition in Bangkok und legte zeitweise die Hauptstadt lahm. Anfang Mai 2010 zeigten sich erste ernsthafte Annäherungstendenzen zwischen der derzeitigen Abhisit-Regierung und den Rothemden. Ministerpräsident Vejjajiva kündigte die Auflösung des Parlaments unter der Bedingung an, dass sich die Opposition kooperativ zeige. Bereits Ende März verkündete der amtierende Premierminister Abhisit, dass er seine Amtsperiode verkürzen und Neuwahlen für den 14.11.2010 anberaumen wolle, falls die Oppositionellen ihre gewalttätigen Proteste einstellen. Dafür setzte Abhisit den Rothemden ein Ultimatum bis Mitte Mai. Von Regierungsseite wurde der Forderung nachgegeben, sich für die Anwendung von Gewalt seitens der Sicherheitskräfte zu verantworten. Ein freiwilliges Treffen zwischen dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Suthep Thaugsuban und der Polizei fand in diesem Zusammenhang statt. Dennoch eskalierten die Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften und den Oppositionellen. Am 19.5.2010 wurden die Aufstände der Rothemden vom Militär niedergeschlagen. Bei den Aufständen

kamen seit Beginn der Proteste über 80 Menschen ums Leben. Nach Beendigung der Auseinandersetzungen wurde in Bangkok mit großangelegten Aufräumaktionen begonnen, bei denen das Militär die Stützpunkte der Rothemden auf Waffen und Sprengstoffe untersuchte und Straßenblockaden beseitigte. Die Rothemden hatten sich nicht nur in der Umgebung des Lumpini-Parks verschanzt und diesen unzugänglich gemacht, sondern ebenfalls 35 Gebäude, darunter Banken, Einkaufszentren, Supermärkte und die thailändische Börse in Brand gesetzt. Letztere wurde nach den Protesten für einige Tage geschlossen. Die thailändischen Aktienkurse fielen Anfang Mai um fast eine Milliarde Euro, da sie von ausländischen Investoren abgestoßen wurden. Der Aktienindex sowie der Wert des thailändischen Baht stiegen jedoch kurz vor der Militäroffensive wieder an, da Spekulanten auf eine endgültige und rasche Beendigung der Konflikte gesetzt hatten. Die Frage des Zeitpunkts für die parlamentarischen Neuwahlen soll nun von der Entspannung der politischen Lage abhängig gemacht werden.

vgl. www.sueddeutsche.de 6.5.10, BP 10.5.10, www.rp-online.de 11.5.10/21.5.10, www.faz.net 30.5.10

Japan nimmt Flüchtlinge auf

Bereits im Februar 2010 besuchten japanische Regierungsvertreter das Mae La Flüchtlingslager an der thailändisch-burmesischen Grenze, um Auswahlinterviews für die Genehmigung der Ausreise von Flüchtlingen zu beginnen. Insgesamt wird Japan 90 burmesische Flüchtlinge aufnehmen und konzentriert sich bei der Auswahl auf Personen, die zehn Jahre oder länger im Flüchtlingslager leben mussten und deren Aussicht auf anderweitige Umsiedlung gering sind. In den kommenden drei Jahren sollen 30 Flüchtlinge pro Jahr nach Japan umgesiedelt werden.

Japan ist das erste asiatische Land, das eine Aufnahme von burmesischen Flüchtlingen zusicherte. Bereits im Jahr 2008 machte die japanische Regierung ihre Zusage. Seit 2005 finden groß angesiedelte Umsiedlungsprojekte statt. Australien, Kanada und die Vereinigten Staaten nahmen die größte Zahl von Flüchtlingen auf, acht weitere Staaten sicherten ebenfalls ihre Hilfe zu. Die ersten Flüchtlinge aus dem Lager Mae La sollen bereits im September 2010 nach Japan ausgeflogen werden.

vgl. www.unhcr.com

US-Botschafter getadelt

Der thailändische Außenminister Kasit Piromya kritisierte in einem Gespräch mit US-Botschafter Eric John die Einmischung der USA in Thailands innenpolitische Angelegenheiten. Mitte Mai 2010 lud Kasit zu einem Treffen, um über den amerikanischen Kontakt zu Angehörigen der Rothemden zu diskutieren. Gespräche zwischen US-Politikern und thailändischen Oppositionellen hatten in den zurückliegenden Wochen für Unmut unter Mitgliedern der derzeitigen thailändischen Regierung gesorgt. Sie befürchteten, ein Dialog zwischen den beiden Parteien könne die Bemühungen der Abhisit-Regierung untergraben und die Oppositionellen in ihren Handlungen bestärken. John versicherte, dass die amerikanische Regierung weder für, noch gegen die Rothemden sei und keine Mittlerrolle einnehme, vielmehr wolle sie die guten Beziehungen zu Thailand aufrecht erhalten. Dennoch sehe die US-Regierung die gewalttätigen Ausschreitungen mit Besorgnis, da sie Thailand als Nation schaden und demokratische und juristische Institutionen untergraben. Bedenken äußerten die amerikanischen Behörden bereits nach der Flughafenbesetzung im Jahr 2008 die sie als terroristische Aktion wertete.

Die International Crisis Group schloss sich den Einschätzungen der US-Regierung an und schlug der thailändischen Regierung die Einschaltung einer neutralen Mittlerpartei vor, um weitere gewalttätige Ausschreitungen zu vermeiden und den politischen Konflikt friedlich beilegen zu können. Dieses Angebot wurde jedoch bislang abgelehnt.

vgl. BP 10.5.10